

**Titel:** Plenum 1: Jugend zwischen Frustration und Engagement  
**Datum:** 17.11.2018  
**Uhrzeit:** 09:00 Uhr

*Teilnehmende auf dem Podium:*

- **Ricardo Rian**, Servicio Pastoral dos Migrantes, Koordinator des Servicio im Nordosten, Gewaltprävention durch die Stärkung von Jugendlichen in Schulen
- **Suanny Martins**, Pastoral do Menor, Studentin der Sozialen Dienste, arbeitet in einem Zentrum zur Verteidigung der Menschenrechte
- **Regina Leão**, Pastoral do Menor, techn. Koordinatorin, auf nationaler und internationaler Ebene tätig, u.a. im Nationalrat für die Rechte von Kindern

Moderation: **Martina Winkler**, Brot für die Welt

---

Regina Leão betont einleitend mit Blick auf den Einsatz der Pastoral do Menor: Es sei wichtig, an die Jugend zu glauben, auch und besonders an ihre politische Artikulationsbereitschaft und -fähigkeit, etwa über Tanz und Musik mit entsprechenden Botschaften. Die Pastorelle betrachtet es als ihre Aufgabe, die Jugendlichen dabei zu unterstützen.

Für Suanny Martins sind Schüsse, Querschläger und Gewalt der Polizei, des Militärs und organisierter Kriminalität in Rio Alltag und nicht zuletzt eine einschränkende Faktor für Mobilität. Die Pastoral do Menor eröffnete ihr als Jugendliche eine Alternative zur Straße. Heute arbeitet sie in der Verwaltung einer NGO, dem Zentrum zur Verteidigung der Rechte der Kinder, und studiert Servicio Social (Sozialarbeit/-pädagogik), gefördert durch ein Stipendium.

Regina Leão skizziert die Situation der Jugend in Brasilien als eine der Exklusion und Ungleichheit. So würden, um nur einen Ausschnitt zu zeigen, in Rio täglich 31 Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren ermordet, davon seien 70 Prozent Afrobrasilianer\*innen. Die Aufgabe der Pastoral do Menor sei daher eine wesentlich politische, orientiert am „Statut der Kinder und Jugendlichen“. Die Rechte der Kinder und Jugendliche bestünden zwar formal, würden aber täglich mißachtet. Daher müssten demokratisch öffentliche Kontrolle ausgeübt werden, um auf die Rechte hinzuweisen und ihre Durchsetzung einzufordern. So laufe derzeit unter anderem eine Kampagne gegen die Vernachlässigung von Jugendlichen in Strafanstalten, die die übergangslose Strafmündigkeit von Jugendliche mit 18 Jahren problematisiere, die kriminalisierenden Folgen von Gefängnisaufenthalten anklage und die Ursachen von Gewalt thematisiere.

Ricardo Rian ergänzt, dass nach Gesetzeslage in Brasilien 12 bzw. 15 bis 29-Jährige als Jugendliche betrachtet werden, wenngleich sich die Lebenssituation ab 18 (spätestens) mit dem Aufbau einer eigenen Existenz und der Verantwortung für das eigene Überleben grundsätzlich ändere. Jugend werde heute allerdings stigmatisiert. Die Jugendlichen der Peripherien würden als Gauner am Rande der Gesellschaft und insbesondere als Täter betrachtet – während sie eigentlich Opfer seien. Diese Ausgrenzung – auch durch die mediale Negativberichterstattung über die marginalisierten Stadtviertel, in denen diese Jugendlichen lebten – führe zu fehlenden Perspektiven, die dann durch die Integration in das kriminelle System des Drogenhandels substituiert würden. Die Forderungen der Jugendlichen würden sich mitnichten auf Jugendfragen beschränken. Sie adressieren vielmehr Fragen, die unsere Gemeinden generell betreffen. Diese Jugendlichen hätten Potentiale und können dabei unterstützt werden, sich politisch und sozial zu engagieren. Social Media könnten dabei eine positive Rolle spielen. Zu beobachten sei auch, dass Pfingstkirchen immer mehr Jugendliche anziehen würden; auch die katholische Kirche ziehe sich immer mehr auf eine innerliche Gläubigkeit (spiritualistisch) zurück. Die Distanz zur kritischen Sicht auf die Welt, wie sie noch in den Basisgemeinden erarbeitet werden sollte, sei immens. Dennoch sieht Ricardo Rian in den Erfahrungen aus dem eigenen Projekt Hoffnung. Man müsse an die Jugendlichen glauben, sie dabei unterstützen, ihre Stadtteile zu verändern.

11 Prozent aller Häftlinge, so wird in der anschließenden Diskussion deutlich, haben in Brasilien ein Kapitalverbrechen begangen. Jugendliche bilden einen hohen Anteil unter den Gefängnisinsassen; sie kommen als „Hühnerdiebe“ in den Knast und werden dort weiter in die kriminellen Milieus sozialisiert. Der Ausstieg aus den Banden sei dann sehr schwer, auch nach Entlassung aus dem Knast. Die Kosten für die Unterbringung in Strafanstalten seien immens (3Tsd. Euro pro Monat), die besser eingesetzt werden könnten.

Angekündigt sei derzeit eine Änderung des Jugend- und Kinderstrafrechts, nach der die bisher max. Haftstrafe für Jugendliche von drei Jahren auf 10 Jahre erhöht werden soll. Darüber hinaus solle der Jugendstrafvollzug in das allgemeine Strafvollzugssystem integriert werden – d.h. keine speziellen Resozialisationsanstrengungen, kein eigenes System mehr. Auch sei die Aufhebung von internen Ermittlungen bei Tötungen durch die Polizei sehr besorgniserregend und quasi ein Freibrief für die Polizeikräfte. Bolsonaro hat außerdem verlauten lassen, dass das Kinder- und Jugendschutzgesetz aus den 1990ern „in die Tonne“ geworfen werden solle.

Was die Jugendarbeit der Pfingstkirchen angehe, so stehe bei diesen neben durchaus auch wenigen fortschrittlichen Kirchen überwiegend die Suche nach einem Retter (für den man beten muss) im Zentrum. Praktische Hilfe werden dann in den Strukturen der „Familie“ (Gemeinde) geleistet. Klar sei, wenn der Staat seine Rolle nicht erfülle, übernahmen andere Akteure diese Aufgaben, eben auch Kirchen.

Die hohen Opferzahlen bei Militärinterventionen, ihre wirtschaftlichen und sozialen Schäden überwiegen irgendwelche vermeintliche Befriedungsabsichten. Armut werde durch die Stigmatisierung der Wohngebiete, durch Perspektivlosigkeit und Gewalt kriminalisiert. Kurz: Die Militärinterventionen haben nichts verändert. Vielmehr werde nur ein Pflaster auf die Wunde geklebt, statt die Probleme an Wurzel anzugehen und etwa in Bildung zu investieren.

Bezeichnend sei hierbei, dass Institute, die Berufsbildung anbieten, in der Regel nicht in den ärmeren Quartieren lägen. Wenn Handels- und Industrievereinigungen zwar kostenlose Ausbildungen anböten, so könnten arme Jugendliche alleine schon die tägliche Fahrt zu den Schulen nicht finanzieren, sofern diese überhaupt möglich sei, angesichts der beschriebenen Einschränkungen von Mobilität durch Schießereien u.a.

*Protokoll: Peter Zorn*